

Bremens Umweltsenator Loske (Grüne) über mögliche Koalitionen und den Parteitag

„Lieber klare Verhältnisse“

Auf ihrem Parteitag, der heute in Erfurt beginnt, wählen die Bündnisgrünen eine neue Parteispitze. Außerdem wird das Thema Energiepolitik im Mittelpunkt des dreitägigen Kongresses stehen. Unser Redakteur Ben Zimmermann sprach darüber und über mögliche Koalitionen mit dem Bremer Umweltsenator Reinhard Loske, der sich in Erfurt zur Wiederwahl für den Parteirat stellt.

Frage: In dem Manuskript ihrer Bewerbungsrede für den Parteirat heißt es noch, dass Sie auf eine Regierungsbeteiligung in Hessen hoffen. Das Projekt Rot-Grün mit Duldung durch Die Linke ist jedoch erst einmal gescheitert. Sind Sie enttäuscht?

Reinhard Loske: Das ist natürlich gründlich danebengegangen. Doch es ist nicht an den Grünen gescheitert, sondern an der SPD. Ich hätte den hessischen Grünen eine Regierungsbeteiligung sehr gewünscht. Allerdings: Nicht von der Linken toleriert zu werden, bedaure ich nicht. Ich habe lieber klare Verhältnisse – und das wären sie sicher nicht gewesen.

Wäre denn Rot-Grün mit Beteiligung der Linken eine Option für andere Länder oder den Bund?

Eine anzustrebende Option ist es ganz gewiss nicht. Ausschließen kann man es aber auch nicht – mit dem Ausschließen haben ja in Hessen alle Beteiligten schlechte Erfahrungen gemacht. Auf Bundesebene glaube ich allerdings, dass die SPD solch eine klare Aussage gegen eine Zusammenarbeit mit den Linken gemacht hat, dass man darüber nicht zu diskutieren braucht. Rot-Rot-Grün sehe ich deshalb zumindest bei der Bundestagswahl 2009 auf keinen Fall.

Eine Zusammenarbeit mit der Linken ist in Hessen nur knapp gescheitert, in Hamburg regieren die Grünen mit der CDU. Das klingt nach „Regieren um jeden Preis“.

Das sehe ich nicht so. Bis jetzt war es doch so, dass alle anderen Parteien sich das Recht herausgenommen haben, alle anderen Optionen durchzuspielen. Die Sozialdemokraten beispielsweise haben schon mit allen anderen Parteien koalitiert. Die einzige Partei, die lange Zeit auf einen Koalitionspartner – nämlich die SPD – festgelegt war, waren die

Grünen. Unsere Partei hat nun einen Wandel vollzogen, für den ich selbst schon seit langem eintrete: Inhalte zuerst und Abschied von Koalitionen als Projekten. Entscheidend ist, mit welchem Partner wir unsere Vorstellungen am besten umsetzen können. Ökologie, Bildung, soziale Gerechtigkeit – das sind unsere Schwerpunkte. Dafür müssen wir aber unbedingt die stärkste der drei kleineren Parteien werden, das ist ein ganz zentrales Ziel. Wir dürfen nicht nur Anhängsel einer größeren Partei sein.

Auf dem Erfurter Parteitag steht ein von der Parteiführung vorgeschlagenes Kohlemoratorium zur Abstimmung. In Hamburg haben die Grünen gerade das Kohlekraftwerk Moorburg genehmigt. Ist das nicht ein riesiger Widerspruch?

Die Kohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger. Wenn wir die CO₂-Ziele ernst nehmen, dann heißt das, dass keine neuen Kohlekraftwerke ohne CO₂-Abscheidung dazukommen dürfen. Hier im Norden kommt noch eine zweite Komponente hinzu: Wenn wir sagen, wir wollen Offshore-Windenergieanlagen mit perspektivisch 25000 bis 30000 Megawatt Leistung bauen, dann kann man nicht gleichzeitig die Küste abriegeln mit einer Kette von Kohlekraftwerken. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir der neue CO₂-Hotspot Deutschlands werden oder das Kompetenzzentrum für Windenergie?

Das beantwortet aber noch nicht die Frage, wie die Beschlusslage der Partei mit Hamburg zusammenpasst.

Man kann nicht kritisieren, wie die grüne Umweltsenatorin Anja Hajduk agiert hat. Sie hat den Rechtsrahmen so weit wie möglich ausgeschöpft und viele Auflagen für den Betreiber durchgesetzt. Leider fehlte ihr die Handhabe, das Projekt völlig zu kippen. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob es richtig war, im Wahlkampf den Eindruck zu erwecken, dieses Kohlekraftwerk sei noch zu verhindern.

Der Energieexperte der grünen Bundestagsfraktion, Hans-Josef Fell, fordert in seinem Antrag, bis 2030 den gesamten deut-

Fortsetzung:

schen Strombedarf aus regenerativen Energien zu gewinnen. Der designierte Parteichef Cem Özdemir hat das schon als „nicht realitätstüchtig“ zurückgewiesen. Deutet sich da ein Konflikt auf dem Parteitag an?

Die Grünen bringen es ja immer fertig, sich darüber zu streiten, wer der Grünste im ganzen Land ist. Das ist schon etwas absonderlich. Ich jedenfalls halte die Ziele, die im Antrag des Parteivorstandes formuliert sind, für richtig.

Eine weitere Klippe könnte die Wahl Cem Özdemirs zum neuen Parteivorsitzenden neben Claudia Roth sein. Seine baden-württembergischen Parteifreunde hatten ihm bereits einen aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl verwehrt.

Ich hoffe, dass Cem Özdemir mit einem möglichst starken Votum gewählt wird. Dieser Schuss vor den Bug, den Sie meinen, hatte weniger mit seiner Person zu tun als mit der Frage, ob beide Parteivorsitzende unbedingt auch Bundestagsabgeordnete sein müssen. Dass er sich von dieser Schlappe nicht unterkriegen lässt, könnte seine Autorität noch enorm erhöhen. Strukturell sehe ich aber schon das Problem, dass er ohne ein Bundestagsmandat nicht den Apparat hat, den man eigentlich braucht.

Welche Akzente soll Özdemir als Parteichef setzen?

Cem Özdemir ist ein Kind von Migranten, das es geschafft hat. Er besticht vor allem durch eine gewisse Weltläufigkeit und kompensiert einen Teil des grünen Modernisierungsdefizits. Ich glaube, dass er nicht der typische Programmierer ist – ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger Reinhard Bütkofer. In dieser Hinsicht müssen auch andere ihn unterstützen. Denn die Grünen müssen programmatisch wieder nach vorne kommen. Wir müssen immer der Ort sein, der avantgardistische Zeittrends aufnimmt, sonst werden wir altbacken und grau.

Die Castor-Proteste haben gezeigt, dass die Anti-Atomkraft-Bewegung beträchtlichen Zulauf verzeichnet. Wie können die Grünen dieses Potenzial nutzen?

Auch wenn die Bewegung noch vor kurzem fast totgesagt wurde: Es gilt heute – gerade unter jungen Menschen – als angesagt, sich gegen Atomkraft zu engagieren. Viele realisieren, dass es Leute gibt, die solche Zustände wie in Asse einfach hinnehmen und die Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängern oder sogar neue bauen lassen wollen. Die Grünen sind der verlässlichste Adressat, um das unmöglich zu machen. Deshalb werden wir von dieser Bewegung profitieren.

Abkehr von Koalitionen als Projekten: Bremens Umweltsenator Reinhard Loske begrüßt es, dass die Grünen sich nicht mehr nur an die SPD als Bündnispartner klammern.

FOTO: JOCHEN STOSS